„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada ..... $2.50
für Ausland ..... $3.50
Büros und Druckerei:
1885 Halifax Straße, Regina.

# Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada ..... $2.50
to foreign countries .. $3.50.
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

Organ der deutschsprechenden Canadier

18. Jahrgang | 16 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 14. Oktober 1925 | 16 Seiten | Nummer 49

## Canada und die britische Flotte

### Ein Londoner Blatt ist unzufrieden mit uns

**Der Wahlkampf und die zukünftige Neutralität.**

In den englisch-canadischen Blättern konnte man in den letzten Tagen eine Depesche lesen, die eine Aeußerung der Londoner Wochenzeitung „Truth" wiedergab. Das Blatt soll, nach der Meldung zu schließen, schon öfter sich für Canadas Beitrag zur britischen Flotte interessiert haben. Diesmal hält die „Truth" uns Canadiern die britische Kolonie Neuseeland als „Beispiel" vor Augen, wo Premier Coates einer Abordnung der neuseeländischen Flottenliga erklärt hat, Neuseelands Beitrag zur Marine des britischen Reiches sei in diesem Jahre von acht auf zehn Schillinge per Kopf der Bevölkerung erhöht worden. „Truth" stellt darzu einen Vergleich zwischen Neuseeland und Canada an, dessen Handel weit größer sei, auch im Stillen Ozean, das sich aber dennoch mit zwei entlehnten Torpedobootzerstörern begnüge. Das ist nach Ansicht der besorgten „Truth" ein zu geringer Beitrag zur Flotte Britanniens.

Wir bewundern die Kühnheit, mit der sich ein Londoner Blatt in die inneren Angelegenheiten Canadas einmischen möchte. Denn es ist eine rein innere Angelegenheit oder sollte es wenigstens sein, ob Canada es als notwendig erachtet, seine Küsten im Osten und Westen durch eine stärkere Marine zu schützen, ebenso wie es Neuseelands eigene Sache ist, wenn es das Bedürfnis verspürt, vielleicht mit Rücksicht auf die „gelbe Gefahr" sich einige moderne Kreuzer anzuschaffen, die ihm aber im Ernstfalle auch wenig nützen werden. Denn der Krieg der Zukunft, vor dem uns Gott bewahren möge, wird mit ganz anderen Mitteln als mit Schlachtschiffen und Kreuzern geführt werden.

Ganz entschieden muß auch der Auffassung der „Truth" widersprochen werden, als ob Canada im Interesse des britischen Reiches rüsten müsse. Wenn sich die britischen Inseln angesichts der neuen Unterseeboote Frankreichs nicht recht sicher und wohl fühlen, so mögen sie doch selbst aus ihren Bürgern die Mittel zu einer verstärkten Flotte herausholen. Steht ihnen das Washingtoner Abkommen mit den Ver. Staaten und Japan dabei im Wege, oder hat das Verständnis für den Seemilitarismus im „Motherland" abgenommen, so versuche man nicht das Odium einer Umgehung des Washingtoner Paktes auf die Dominions abzuschieben und ihnen die Lasten für solche unrentable Zwecke aufzubürden. Wozu solche „Truth"-Anmaßungen, wenn die Londoner Reichsregierung sich ihrer Position in der Welt sicher ist? Trifft das jedoch nicht zu, so lasse man in London die Finger aus den chinesischen Wirren oder aus dem Mossulstreit mit den Türken, so stelle man sich mit Sowjetrußland auf freundschaftliche Füße. Der Gedanke, als ob Canada noch einmal die Zeche für imperialistische Abenteuer bezahlen müsse, sollte an

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Premier King in Melville

### Ueber Eisenbahnpolitik, über Tariffrage und über Verminderung der Lebenskosten

**Minister Boivin stellt Unterstützung von Quebec für die Hudsons Bay-Bahn in Aussicht.**

Melville. — Premier Mackenzie King beschloß seine Reise durch den Westen mit einer Massenversammlung in Melville, Sask., zu der sich Hunderte von Leuten aus der näheren und weiteren Umgebung eingefunden hatten. Ein Sonderzug brachte Zuhörer aus dem Distrikt von Kamsack.

Hon. George Boivin, der Minister für Zölle, war einer der Hauptredner des Abends. Er erklärte, während in allen früheren Wahlfeldzügen die Opposition einen kleinen Skandal der Regierung zugeschoben habe, komme diesmal von der Opposition keine Verdächtigung gegen die Verwaltung, der King-Regierung. Warum? Aus dem einfachen Grunde, weil Kings Verwaltung sich durch Ehrlichkeit, Tadellosigkeit und Vertrauwürdigkeit ausgezeichnet habe.

Boivin meinte ferner, er habe mehr als je zuvor ein Verständnis dafür bekommen, wie notwendig die Hudsons Bay-Bahn für Westcanada sei. Wenn die liberale Partei wieder ans Ruder gelange, und wenn er selbst wieder ein Mitglied der liberalen Regierung sein werde, so werde wenigstens ein Abgeordneter von Quebec dem Hudsons Bay-Wunsch des Westens günstig gegenüberstehen und diese Forderung auf dem Boden des Parlaments vertreten. Es gelte freilich, auch noch 61 andere Abgeordnete von Quebec zu überzeugen und es wäre zu diesem Zwecke gut, wenn manchmal einer aus jener Provinz nach dem Westen käme, um sich selbst von den Notwendigkeiten dieses Landesteiles zu überzeugen. Dann werde gewiß Quebec ebenso wie in der Vergangenheit seine Sympathie für den Westen in greifbarer Weise bezeugen.

Premier King kam in seiner Rede auf die Canadian National-Eisenbahnen zu sprechen, die zwar eine schwere Belastung für das Land darstellen, aber die jetzt aufzuweisenden Ziffern seien doch weit günstiger, seitdem die gegenwärtige Verwaltung ihr Amt angetreten habe. Man wolle der Verstaatlichung eines Verkehrszweiges eine angemessene Probezeit gewähren, trotz der schweren Hindernisse, unter denen er zu leiden habe. „Das bankerotte System," so fuhr der Premier fort, „wurde von unseren Vorgängern übernommen und mußte von uns weitergeführt werden. Es ist nicht die Schuld unserer Regierung, daß die Erbschaft so beschaffen war."

Hinsichtlich der Besteuerung zeigte King, daß diese pro Kopf im letzten Jahr um ein Viertel geringer war als unter der früheren konservativen Regierung. Die Kosten der Lebenshaltung seien durch die Herabsetzungen im Zolltarif und durch die Aufhebung des Zolls auf landwirtschaftliche Maschinen sowie durch die Beseitigung der darauf liegenden Verkaufssteuer bedeutend vermindert worden: Zugleich habe der Handel infolge der gestärkten Kaufkraft der Bevölkerung Fortschritte gemacht. Ferner berührte der Premier die Einsetzung einer beratenden Körperschaft zum Studium des Tarifproblems, die „mehr Licht und weniger Hitze", mit anderen Worten, mehr Klarheit und weniger Leidenschaft in diese Angelegenheit hineintragen solle.

Der Redner verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß der Westen ihm bei der kommenden Wahl mehr Anhänger nach Ottawa entsenden werde, die bei der Regierungsarbeit ihn unterstützen könnten. Nur wenn die liberale Partei über eine starke Mehrheit verfüge, könne die Stimme von Saskatchewan am Beratungstisch der Dominion zur Geltung gebracht werden.

Zum Schlusse richtete der Premier einen Appell an alle Kreise des Landes, die für einen niedrigen Zolltarif eintreten, sich einmütig zusammenzuscharen. Es sei ihm unverständlich, daß seine progressiven Freunde während dieser Wahl diese Haltung einnehmen und dadurch es manchen Hochschutzzöllnern ermöglichten, in das Parlament hineinzuschlüpfen. Die Progressiven wollten doch wohl nichts mit den Konservativen gemein haben, aber dennoch seien sie nicht klar darüber, daß sie durch die Zulassung von Dreikampfen in vielen Wahlkreisen es dem gemeinsamen Feind erleichterten, sich in das Parlament einzuschmuggeln. Die Protektionspolitik Meighens könne nur in direkten Kämpfen zwischen seinen Kandidaten und denen der liberalen Partei geschlagen werden. Daher fordere er alle auf, sich zu vereinigen, um am 29. Oktober die Grundsätze des Liberalismus zum Siege zu führen.

## Die schwere Last des Dawesplans

### Deutscher Reichstagspräsident über die Wirtschaftslage des deutschen Volkes

**Trotzdem: „Es geht wieder aufwärts."**

Washington, 11. Oktober. — „Der Dawes-Plan ist eine schwere Belastung der deutschen Wirtschaft," erklärte der deutsche Reichstagspräsident Loebe im Verlaufe einer Unterredung, „immerhin hat er eine Begrenzung und zugleich Ordnung in die deutschen Leistungen für die Reparationsgläubiger gebracht. Vorher konnte Frankreich zu irgend einer Zeit marschieren lassen, und Deutschland hatte sich hinsichtlich seiner Leistungen irgendwelchen Diktaten der Entente zu fügen. Jetzt haben wir feste Zahlungen zu leisten, die zwar sehr hoch sind, aber die aber nicht mehr hinausgegriffen werden darf. Das unmittelbare Resultat des Dawes-Planes in seinen Wirkungen auf die innerdeutschen Verhältnisse, ist freilich nicht erfreulich: Die Steuerlast mußte verdoppelt werden, während die Löhne und Gehälter noch um etwa 25 Prozent hinter dem Vorkriegsstande zurückbleiben! Auf die Dauer ist die Möglichkeit der deutschen Erfüllung und die Hoffnung auf wirtschaftliche Erholung Deutschlands an eine Revision der Zollgesetzgebung gebunden, die künftig einen freien Austausch der Produkte Europas und Amerikas gestatten muß, wenn eine dauernde Befriedigung der Welt eintreten soll. Deshalb trete ich für die oll europäische Idee des Grafen Coudenhove ein."

Herr Loebe wandte sich dann dem Thema der durch die Inflation bewirkten gesellschaftlichen Umschichtung in Deutschland zu und bemerkte u. a.: „Der alte Mittelstand ist durch die Entwertung des alten deutschen Geldes, die ja in der Geschichte beispiellos ist und selbst in der Geldwirtschaft der Zeit der großen französischen Revolution keine Parallele findet, vollkommen enteignet, in die besitzlose Masse hinabgeschleudert. Die proletarisierten alten Rentner mußten ins Arbeitsleben zurück, um ihre Existenz fristen zu können. Das verschärft natürlich die Arbeitslosigkeit. Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen haben durch die wirtschaftlichen Folgen des Krieges ebenfalls einen schweren Rückschlag erlitten, befinden sich aber wieder im Aufstieg und sie sind wieder imstande, um die Erhöhung der Lebenshaltung des deutschen Arbeiters zu kämpfen.

„Trotzdem der Kampf um das tägliche Brot in Deutschland noch ungeheuer schwer ist, lebt doch in allen Schichten der Bevölkerung die Empfindung: Es geht wieder aufwärts! Anzeichen dafür drängen sich ja auch jedem in Deutschland reisenden Ausländer auf."

## Ermordung des Grafen Tisza in neuem Licht

### Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Sztankovsky

**Erinnerung an die Budapester Bolschewikenherrschaft.**

Budapest, 11. Okt. — In der Angelegenheit der Ermordung des Grafen Stephan Tisza im Jahre 1918 scheint eine neue Wendung bevorzustehen. Der wegen Teilnahme an dem Mord zu einer 20jährigen Zuchthausstrafe verurteilte ehemalige Leutnant Sztankovszky hat seinem Verteidiger Földvaris eine neue Darstellung über den Hergang der Ermordung Tiszas gegeben und ihn ersucht, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu bewirken.

Sztankovszky behauptet, daß er an der Ermordung Tiszas tatsächlich beteiligt war, daß aber alle übrigen Personen, die nach der Aussage des ebenfalls wegen Mordteilnahme verurteilten Hüttner, der Mordverschwörung angehörten, mit der Tat nichts zu tun hatten. Es sei nicht wahr, daß die Ermordung Tiszas auf Anregung des Nationalrates erfolgt wäre oder daß Paul Keri den Befehl zur Ermordung erteilt hätte. Dieselbe erfolgte, wie Sztankovszky jetzt angibt, auf Anregung des späteren kommunistischen Volkskommissärs für das Heerwesen, Bela Szanto.

Sztankovsky erzählt, er und die anderen Offiziere hätten am Tage nach dem Ausbruch der Revolution den Befehl erhalten, Zivilisten und Soldaten die Waffen abzunehmen. Sie fuhren mit Lastautos in der Stadt umher und trafen mit einem Auto zusammen, auf dem sich unter anderen der spätere Volkskommissär Bela Szanto und die Leutnante Arpad Korvinyi und Laier und der später in Sksak ermordete Husarenoberleutnant Hirtler befanden. Sztankovszky selbst bestieg das Auto Szantos und fuhr mit ihm in der Richtung des Stadtwäldchens, wo sie auf eine große Menschenversammlung stießen. Diese Leute erklärten auf Befragen, die Menge wolle in die Villa Tiszas in der Herminenstraße eindringen.

Bela Szanto regte nun an, Tisza als Feind der Revolution zu verhaften und ihn dem Nationalrat oder dem Soldatenrat einzuliefern. Da aber die Tore der Villa geschlossen waren, meldete sich ein Mann namens Sandor mit dem Anerbieten, sie durch ein kleines Tor an der rückwärtigen Front in die Villa zu führen. Sie klopften dort an und beruhigten die Hausmeisterin, die die Tür nicht öffnen wollte, mit der Versicherung, daß man Tisza nur festnehmen wollte. Die Gendarmen, die in der Villa zum Schutze Tiszas anwesend waren, ergaben sich ohne Widerstand und wurden von Sztankovsky, Hirtler und einem dritten Mann abgeführt. Als Sztankovszky zurückkehrte, hörte er Schüsse. Er stürzte in die Halle, wo Tisza bereits sich im Blute wand. Szanto, Korvinyi und Laier liefen aus der Halle, um zum Auto zu gelangen. Sztankovszky folgte ihnen und Szanto erzählte ihm, daß Tisza einen Revolver gezogen und sie trotzig empfangen hätte, worüber sie wütend geworden waren. Szanto meinte: „Es war so besser, das war sein Schicksal."

Als der Advokat des Sztankovsky fragte, wie die Haltung Hüttners im Prozeß zu erklären sei, der sich selbst der Teilnahme an dem Mord beschuldigte, erwiderte Sztankovszky, daß Hüttner während der Diktatur ein Spitzel der Kommunisten war und daß auf seine Anzeige hin der Polizeikonzipist Nikolemje und der Advokat Stenzel von den Kommunisten hingerichtet worden seien. Hüttner wurde die Versicherung gegeben, daß er, wenn er in der Mordaffäre Tiszas die gewünschte Aussage mache, wegen der Hinrichtung Nikolemjis und Stenzels nicht zur Verantwortung gezogen würde und mit einer geringen Strafe davonkommen werde.

Auf Grund dieser neuen Mitteilungen hat der Verteidiger Sztankovszkys die Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet.

## Russischer Gegenrevolutionär will Japaner werden

Nagasaki, 11. Okt. — General Semenoff, der ehemalige russische „weiße" Führer, der vor den Bolschewiki floh und jetzt hier lebt, hat um das japanische Bürgerrecht nachgesucht. Das Ministerium des Innern wird voraussichtlich zu Gunsten des russischen Flüchtlings auf die Vorschrift des siebenjährigen Wohnsitzes verzichten. Dem Vernehmen nach will sich Semenoff um engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Japan und der Mongolei bemühen.

## Für Selbstbestimmung von Elsaß und Lothringen

### Kommunistischer Aufruf an das offizielle Paris

**Klagen über die Behandlung der Elsässer.**

Paris, 12. Okt. — Die radikale Zeitung „Humanite" veröffentlicht einen Aufruf, den der kommunistische Kongreß von Straßburg zur Einleitung einer Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen verfaßt hat. Es heißt darin, daß die Partei gegen den Krieg in Marokko, gegen die Lebensteuerung und die von Caillaux geplanten Steuern, ferner „gegen die Versklavung der elsaß-lothringischen Arbeiter durch die angelsächsischen Finanziers kämpfe, die unter dem Vorwand der Rückzahlung der Kriegsschulden Frankreich einen Dawesplan aufzwingen wollen. Auch will die Partei gegen die Kriegspläne ankämpfen, die gegen Sowjetrußland unter dem Deckmantel des Sicherheitspaktes gerichtet sind."

In Elsaß-Lothringen komme zu der allgemeinen Unterdrückung des Proletariats durch den Kapitalismus noch die nationale Unterdrückung durch den französischen Imperialismus hinzu. Nach dem Kriege wurde das Schicksal von Elsaß-Lothringen nur durch Waffengewalt geregelt, ohne daß die Bevölkerung gefragt worden wäre. Die Elsässer hätten geglaubt, daß die Stunde der Befreiung gekommen sei, aber ihre Illusionen wurden bald zerstört. Tausende von Arbeitern und Beamten wurden weggejagt und das Eigentum zahlreicher kleiner Leute sequestriert.

Der Aufruf fährt dann fort:

„Das Französische ist anstelle des Deutschen als einzige offizielle Sprache getreten. Als das Deutsche offizielle Sprache war, wurde nur eine Minorität der Bevölkerung unterdrückt, das Französische aber unterdrückt die ungeheuere Mehrheit.

„Die jungen Leute aus Elsaß und Lothringen werden in größerem Maße als die aus dem Innern Frankreichs nach Syrien und Marokko geschickt. Der Gedanke einer Volksabstimmung liegt in der Luft und die kommunistische Partei schließt sich dem Begehren der großen Mehrheit der Elsässer und Lothringer um das Selbstbestimmungsrecht an.

„Vor der Abstimmung soll aber die Bevölkerung das Recht haben, sich der Sprache zu bedienen, die sie kennt. Die in Elsaß-Lothringen bestehenden Sonderteuern sollen abgeschafft, der Militärdienst der jungen Leute auf ihre Heimat beschränkt und die Verwaltungsautonomie eingeführt werden."

Die „Humanite" erklärt in dem Kommentar zu diesem Aufruf, daß das Recht auf Selbstbestimmung von der Bevölkerung der beiden Provinzen mit ungeheurem Jubel begrüßt wurde. Die bürgerlichen Parteien im Elsaß würden sich gegen die Strömung, die die Volksabstimmung fordere, nicht mehr wenden können.

## Chinesische Anklagen gegen Konsuln

Peking, 11. Okt. — Ein unliebsamer diplomatischer Zwischenfall ist dadurch entstanden, daß der chinesische Justizminister die öffentliche Erklärung abgab, „die ausländischen Konsuln, die in China richterliche Gewalt besitzen, wären „der Bestechung" zugänglich". Der Justizminister sagte, „daß Ausländer, die Chinesen töten oder verletzen, nicht mir straflos ausgehen, sondern auch noch auf jede Weise in Schutz genommen werden."

Diese Erklärung wurde in Verbindung mit der angeordneten neuen Untersuchung der Maiunruhen in Schanghai im Amtsblatt vom 26. September veröffentlicht.

## Auflösung der italienischen Logen

Rom, 10. Okt. — Wie in Zeitungen mitgeteilt wird, soll der Großmeister des Freimaurerordens in Italien sich mit dem Gedanken tragen, die Freimaurerlogen in Italien aufzulösen, wie es mit denjenigen in Florenz kürzlich geschah, wo es am Samstag Abend zu Zusammenstößen zwischen Faschisten und Freimaurern kam. Bei den Unruhen verloren 4 Personen das Leben. Eine größere Anzahl wurde verwundet. Antonio Cafertano, Präsident der Deputiertenkammer, hat einen Fünfer-Ausschuß ernannt, der die Verbindungen zwischen Freimaurern und Mitgliedern der Abgeordnetenkammer untersuchen soll.

## Schweres Unglück auf Bahnhof in Chemnitz

Berlin, 12. Okt. — Aus Chemnitz, Sachsen, kommt die Meldung von einem Eisenbahnunglück, das mehrere Tote zum Opfer gefordert hat.

Bei der Einfahrt in den Bahnhof entgleiste ein Zug. Die Lokomotive stürzte um und riß den Gepäckwagen und die zwei ersten Personenwagen mit sich, während die übrigen auf dem Fahrbett stehen blieben.

Unter den Trümmern der umgestürzten Wagen sind fünf Leichen geborgen worden. Die Entgleisung wird auf falsche Weichenstellung zurückgeführt.

## Japan und Bessarabien

Bukarest, 10. Okt. — Der japanische Gesandte in Bukarest, Graf Kiutoma Mushakoio, erhielt von seiner Regierung die Weisung, das Abkommen über Bessarabien nicht zu unterzeichnen, bevor Italien nicht auch die Ratifizierung vorgenommen habe. Graf Kiutoma Mushakoio verständigte den Vertreter des Außenministers Duca von den Weisungen seiner Regierung. Da der Gesandte erst vor kurzem das Einverständnis seiner Regierung zum bessarabischen Vertrage ausgesprochen hatte, wirkte die Erklärung im rumänischen Außenamte niederschmetternd. Der Gesandte führte als Begründung an, daß seine Regierung auf die japanische öffentliche Meinung achten müsse, welche gegen jede Einmischung Japans in die europäischen Angelegenheiten sei. Erst wenn Italien das Abkommen unterzeichnet habe, sei durch die Unterschrift das Abkommen völkerrechtsgültig, da die dritte Unterschrift noch fehle. Eine darauf folgende Unterfertigung habe dann also nicht mehr den Charakter einer Bestimmung europäischer Verhältnisse. Da die Pläne der rumänischen Politik auf eine endgültige Einverleibung Bessarabiens in Groß-Rumänien durch diesen neuen Schritt Japans erheblich durchkreuzt werden, wird Außenminister Duca nach seiner Rückkehr aus Genf sich mit der Weigerung Japans befassen müssen. Schon jetzt sieht man jedoch völlig klar den russischen Einfluß auf Japan, die Unterschrift zu verweigern. Auch Italien gegenüber hat Rußland erklärt, daß es eine Unterfertigung des Bessarabien-Abkommens als feindlichen Akt ansehen werde.

## Das trinkfreudige Berlin

Berlin, 12. Okt. — Die Stadt Berlin hat 16,350 Restaurants und Schankwirtschaften. Auf je 250 Einwohner kommt somit ein öffentliches Lokal. Da die meisten der Plätze in der eigentlichen Stadt liegen, so ist das Verhältnis in Wirklichkeit 1 zu 116. Der maßvollste unter allen Bezirken von Groß-Berlin ist der Vorort Steglitz. Dort kommt auf je 428 Bewohner nur eine Wirtschaft.

## Deutscher Boden soll kein Schlachtfeld werden

### Abänderung des Liga-Abkommens in Locarno gefordert

**Deutsche Vertretung mißtrauisch gegenüber Alliierten.**

Locarno, Schweiz, 11. Okt. — Die deutschen Vertreter auf der Sicherheitskonferenz müssen ihrer Erklärung zufolge ein bestimmtes Versprechen nach Berlin zurückbringen, daß unter dem Ligaabkommen gegen einen angreifenden Staat unternommene Kriege nicht auf deutschem Boden ausgefochten werden. Die juristischen Fachmänner der Konferenz suchen den deutschen Ansichten gerecht zu werden. Sie bemühen sich um Ausarbeitung einer Bestimmung, welche in den Rheinvertrag aufgenommen oder ihm angehängt wird.

Die Unterzeichner würden verpflichtet, die deutsche Auslegung von Artikel 16 des Völkerbund-Abkommens in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Ligarats zu unterstützen. (Der Artikel bestimmt das Verfahren gegen einen angreifenden Staat. Mitglieder der Liga sind verpflichtet, Truppen eines jeden Mitglieds der Liga, welche zum Schutze des Ligaabkommens mitwirken, Durchzug durch ihr Gebiet zu ermöglichen.)

Auslandminister Stresemann sagte zu Briand von Frankreich, daß Deutschland mit Rußland keine bindenden, den Alliierten feindlichen Abmachungen hat. Deutschland müsse jedoch seine Freundschaft mit Rußland als einem benachbarten Staate wahren.

Abgesehen von den Deutschen sind alle Delegierten zuversichtlich über den Ausgang der Sicherheitsverhandlungen. Der britische Minister Chamberlain erklärte, überzeugt zu sein, daß in Locarno wirklicher Fortschritt zur Sicherung des Friedens in Europa gemacht werde. Ein Fehlschlag in dieser Richtung würde Unheil bedeuten.

Chamberlain versicherte, daß hier keine geheimen Abmachungen getroffen werden. Er kenne keine Konferenz, wo die Besprechungen mit so großer Freundlichkeit geführt wurden. Verständige Leute in der ganzen Welt, erklärte der Minister, werden nicht bezweifeln, daß wir nach den rechten Zutreffen des Friedens suchen.

## Britische Mossul-Schwierigkeiten

### Premier Baldwin über den Streit mit der Türkei

**Stehen Moskau und Deutschland hinter den Türken?**

Brighton, England, 9. Okt. — In der Jahresversammlung der konservativen Partei besprach Premierminister Baldwin gestern Nacht die Politik der Regierung und Weltangelegenheiten. Seiner Meinung nach haben die Befürworter der Entwaffnung geringe Aussicht auf Erfolg, bevor die Frage der Sicherheit geregelt ist.

Die Lösung dieser Frage hat zu lange gedauert, sagte der Premier. Sie ist noch immer ein Hindernis und wird bis zu ihrer Lösung ein Hemmnis für Hoffnung auf Erfolg bei der Entwaffnung bleiben. Nach einem Hinweis auf die Verhandlungen in Locarno, um die Welt „für Frieden sicher zu machen", warf Baldwin einen Blick auf die Weltlage. Er glaubt, daß sich die Wirren in China vermindern. Der Premier berührte auch den Streit Englands mit den Türken im Irak. Ein Rückzug aus dem Irak, bemerkte der Premier, wäre eine Torheit. Großbritannien hat gewisse Ehrenverpflichtungen zu erfüllen und in materieller Hinsicht wollen wir nicht den reichsten Teil des Gebiets von Irak opfern. Der Premier schien der Ansicht, daß Großbritannien und die Türkei sich schließlich auf ein Schiedsgericht in versöhnlichem Geist einlassen werden.

London, 11. Okt. — In amtlichen Kreisen gibt man sich Mühe, zu erklären, daß die Gefahren der Lage in der Mossul-Angelegenheit sehr übertrieben seien. Es sind verschiedene Versuche gemacht worden, vom König Feisal etwas über die Lage zu erfahren. Aber auch dieser war sehr zurückhaltend und wollte nichts sagen. In den politischen Kreisen sprach man gestern besonders darüber, welche Kräfte hinter den Türken stehen und sie in ihrer gegenwär-

(Fortsetzung auf Seite 4.)